

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/91

Bonn, den 14. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |                            | Zeilen |
|-------|----------------------------|--------|
| ----- |                            | -----  |
| 1 - 2 | <u>Die SPD und der BdV</u> | 83     |

Der Bund der Vertriebenen muß auch in Zukunft auf seine parteipolitische Neutralität bedacht sein

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

|        |  |     |
|--------|--|-----|
| 3 - 4a | <u>Von Europaromantik weit entfernen</u> | 108 |
|--------|--|-----|

Zur Rede Willy Brandts vor dem Europarat

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 4 a | <u>Die Urlauber haben den Nachteil</u> | 16 |
|-----|--|----|

Sie reisen mit unterbewerteter DM ins Ausland

|       |                                |    |
|-------|--------------------------------|----|
| 5 - 6 | <u>Das Dokument von Moskau</u> | 88 |
|-------|--------------------------------|----|

KP-Weltkonferenz am 5. Juni

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

### Die SPD und der BdV

-----

Der Bund der Vertriebenen muß auch in Zukunft auf seine parteipolitische Neutralität bedacht sein

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die CDU hat versucht, aus dem Übertritt von Reinhold Rehs zur Union eine halbe gewonnene Wahlschacht zu machen. Wir wollen diesen Schritt hier nicht bagatellisieren. Wir haben auch nicht die Absicht, nun Steine hinter Rehs herzuwerfen. Die Entscheidung, die er getroffen hat, muß er, soweit sie seinen persönlichen Bereich betrifft, mit seinem Gewissen ausmachen.

Seine politische Motivierung allerdings kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Wenn Rehs seinen Antrag auf Aufnahme in die CDU-Fraktion damit begründete, daß das Vertrauen der Vertriebenen nur der besitzen könne, der ihre durch schweres Schicksal bestätigte Erkenntnis teile, daß Freiheit, Sicherheit, Recht und die Zukunft des Ganzen, aber auch jedes Einzelnen, vom gemeinschaftlichen Staatswillen der Bürger abhängt und dazu feststellt, daß diese Voraussetzungen auf der bisherigen Parteebene nicht mehr vorhanden seien, dann ist das für die, die ihn kennen, erschütternd. Nicht nur das, - diese Äußerungen stehen in scharfem Gegensatz zu dem, was er noch vor ganz kurzer Zeit selber geäußert hat. Daß er nun in der CDU gefunden haben will, was er bei der SPD vermißt, wirkt daher einfach nicht glaubhaft.

Weit bedenklicher, als das persönliche Problem Reinhold Rehs ist aber die politische Seite seines Beschlusses und dessen Auswirkung auf den Verband. Die SPD mag manchen Fehler im Umgang mit den Vertriebenen gemacht haben. Aber nicht alles, was in den Augen der Vertriebenen als ein Fehler erscheint, ist wirklich ein Fehler gewesen. Noch weniger hat die SPD jemals daran gedacht, die vielen Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik abzuschreiben.

Die Politik, die Willy Brandt und Herbert Wehner als Bundesminister des Auswärtigen und als Minister für gedantdeutsche Fragen betreiben, ist ja nicht wirklichkeitsfremde Ideologie, die einfach in einen luftleeren Raum gestellt ist. Es ist die Politik der Bundesregierung. Diese Politik ist die Konsequenz der Erstarrung der deutschen Frage im letzten Jahrzehnt. Sie ist weiter bestimmt durch den inneren Wandlungsprozeß, der sich in unserer Volke seit dem Heranreifen einer jungen Generation in die politische Mitgestaltung vollzogen hat, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs und danach geboren ist. Für diese junge Generation bestehen nur geringe

oder gar keine innere Bindungen zu Land und Menschen jenseits der Elbe und Werra. Sie hat noch weniger innere Kontakte zu dem, was in Ostdeutschland, dem Sudetengebiet und in anderen deutschen Siedlungsgebieten innerhalb und außerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen an deutschen Volksteilen und deren Kulturwerten und Geschichte vorhanden war.

Gegenüber einer sich immer mehr als Staat stabilisierenden und nach weltweiter Anerkennung drängenden DDR soviel wie möglich von Deutschland für Deutschland zu retten, haben daher sowohl der Bundesaußenminister als auch der Gesamtdeutsche Minister stets als das vordringlichste Ziel ihrer Politik bezeichnet. Wenn man dabei bemüht ist, den verschütteten Weg für das Erreichbare freizuschäufeln, so bedeutet das noch lange nicht, daß man damit jeden Gedanken auf die Lösung noch offener Probleme, die zwischen uns und anderen stehen, aufgegeben hat. Es braucht wohl dabei nicht betont zu werden, daß es sich dabei nur um Lösungen auf friedlichem Wege handeln kann, die nicht neue Konfliktstoffe heraufbeschwören und die zur Grundlage einer dauerhaften Aussöhnung zwischen uns und unseren Nachbarn führen.

Reinhold Rehs hat sich nun für diese Wege viel von der Möglichkeit genommen, ehrlicher Makler zwischen der SPD und den Vertriebenen sein zu können. Dem Verband hat sein Schritt damit keinen entscheidenden Nutzen gebracht. Das ist um so bedauerlicher, weil damit der ohnehin erkennbare Trend in der Spitze des BdV, sich einseitig an die konservativen Kräfte unseres Staates anzulehnen, weiter zunehmen wird.

Die SPD wird sich dennoch nicht mit den Vertriebenen auseinanderdividieren lassen. Sie hat in Nordrhein-Westfalen Dr. Herbert Hupka, einen der profiliertesten Vertriebenenpolitiker der mittleren Generation, die Chance gegeben, durch einen der ersten zehn Plätze ihrer Landesliste in den Bundestag zu kommen und dort die Anliegen der Heimatvertriebenen wirkungsvoll zu vertreten. Als Direktkandidaten und über die Landeslisten der SPD werden im kommenden Bundestag mindestens genau so viele Abgeordnete aus den Kreisen der Vertriebenen und Flüchtlinge und ihrer Organisationen vertreten sein, wie sie die CDU vorzuweisen hat, wenn nicht noch mehr. Es wäre daher im Interesse des BdV zu wünschen, wenn man sich innerhalb des Verbandes nicht dazu hinreißen lassen würde, nun unter dem Eindruck des Schrittes von Rehs, einen allzu einseitigen politischen Kurs zu steuern. Dem BdV wäre es jedenfalls nicht von Nutzen, wenn er sich zu einer Hilfsstruppe der CDU entwickeln würde, die zwar in Roden auf Vertriebenen-Kundgebungen immer groß war, aber dort, wo es um die Lösung der Not der Vertriebenen ging, wo es darum ging, durch Initiativen die deutschen Fragen in Bewegung zu bringen, meist auf Vertröstungen und Gemeinplätze ausgewichen ist!

- + +

Von Europaromantik weit entfernt  
-----

Zur Rede Willy Brandts vor dem Europarat

E.C.H. - Ähnlich der Währungspolitik ist auch die europäische Politik derzeit ein Tummelplatz für Spekulanten und Spekulationen. Selten sind über die Weiterführung der europäischen Integration so viele Kombinationen und Mutmaßungen angestellt worden, wie nach dem Rücktritt des französischen Staatspräsidenten de Gaulle. Allgemein ist die Unsicherheit jedoch vorhanden, wohin die europäische Reise nach dem 28. April 1969 in Europa geht. Seit Anfang Mai jagten sich die Ministerratskonferenzen und europäische Parlaments-tagungen. Den Auftakt bildete die Jubiläumssitzung des Europarates am 5./6. Mai in London; gleichzeitig fand in Straßburg eine Plenar-sitzungswoche des Europäischen Parlaments statt; die Konferenz der EWG-Außen- und Wirtschaftsminister am letzten Montag in Luxemburg fiel wiederum mit dem Auftakt der Mai-Tagungswoche der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg zusammen. In Kürze werden sich auch die Minister der EFPA und WEU an Konferenztisch wieder gegenübersetzen.

Gemeinsam ist all diesen Rats- und Parlamentstagungen der Wunsch, die jahrelange Stagnation der europäischen Einigungspolitik endlich zu überwinden. Insofern kann von einem europäischen Frühling gesprochen werden. Im EuropaHaus zu Straßburg, wo der Europarat mit Stolz auf sein zwanzigjähriges Bestehen zurückblickt, wurde diese optimistische Grundstimmung während der letzten Tage evident. Dabei kann von Jubel oder Schadenfreude über de Gaulles Sturz keine Rede sein. Über die politischen, institutionellen und sachlichen Schwierigkeiten, die vor einer Erweiterung der Europäischen Gemein-schaften gelöst werden müssen, gibt sich niemand Illusionen hin. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß spätestens nach den Wahlen in Frankreich und der Bundesrepublik mit einem neuen Anstoß in der Europapolitik zu rechnen ist. Bis Ende dieses Jahres dürfte also wieder Bewegung in die erstarrten Fronten der Europäischen Politik gekommen sein. Mit Energie dürften dann die ungelösten Fragen des Inneren Ausbaues der EWG und der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften angepackt werden. Der Beschluß des EWG-Ministerrates über die Zollerleichterungen im Reiseverkehr der EWG scheint ein erster Ausfluß der verbesserten politischen Konstellation unter den europäischen Regierungen und Völkern zu sein. Daneben wird mit einer Rückkehr Frankreichs an den Verhandlungstisch der Westeuropäischen Union nach Bildung der neuen Regierung in Paris gerechnet. Nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland sollte dann in einer euro-päischen Gipfelkonferenz die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt werden.

Absoluter Höhepunkt der Straßburger Jubiläumstagung war ohne Zweifel das konzertierte Auftreten der beiden sozialdemokratischen

Außenminister Willy Brandt und Pietro Nenni. Ihre Persönlichkeiten faszinierten einen Vormittag lang die Parlamentarier aus den 18 Nationen: ein Tag der europäischen Sozialdemokratie. Wie schon bei seiner ersten Rede als Außenminister vor dem Europarat Anfang 1967, so erhielt Willy Brandt auch diesmal den ungeteilten Beifall des ganzen Hauses. Das demokratische Europa sieht in ihm ohne Zweifel den idealen Repräsentanten des demokratischen Deutschland; in Straßburg bestätigte sich wieder einmal, daß die Bundesrepublik gegenwärtig den besten Außenminister ihrer zwanzigjährigen Geschichte besitzt. Dabei wurde Willy Brandt von den Parlamentarier einem Kreuzfeuer unangenehmer Fragen zur deutschen Ost-, Europa- und Währungspolitik ausgesetzt, das er aber unter dem Beifall des Hauses bravourös überstand.

Drei Vorwürfe, die im In- und Ausland immer wieder gegen die deutsche Politik erhoben werden, wies Willy Brandt entschieden zurück:

1. Die neue deutsche Entspannungs- und Friedenspolitik gegenüber Osteuropa war keinesfalls die Ursache für die Invasion der Warschauer Paktstaaten in der Tschechoslowakei. Willy Brandt konnte mit Recht darauf hinweisen, daß der Austausch von Handelsmissionen zwischen Bonn und Prag noch unter der Novotny-Ära vereinbart wurde und daß der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern seit Einleitung des Prager Reformkurses zurückgegangen ist, während er mit Polen zunahm.

In dem Dialog mit der Sowjetunion sieht der Außenminister einen langwierigen Prozeß, dessen bisheriger Verlauf nicht entmutigend ist. Brandt und Nenni waren sich völlig einig, daß auch nach dem 21. August 1968 die Entspannungspolitik für West- und Osteuropa weitergeführt werden muß. In der Budapester Erklärung der Warschauer Paktstaaten und der Washingtoner Antwort der NATO sieht der italienische Außenminister Anzeichen für Bewegung im Ost-West-Dialog. Er forderte eine stärkere Öffnung des Europarates nach Osten.

2. Die Befürchtungen, Deutschland erstrebe mittels seines wirtschaftlichen Gewichtes eine Führungsrolle in Europa, sind abwegig und gehen an der Wirklichkeit weit vorbei. Wer es gut meint mit Europa, darf nach Ansicht Willy Brandts kein Mißtrauen schüren.
3. Das deutsch-französische Verhältnis und der Freundschaftsvertrag von 1963 sind keine Sonderbündnisse oder gar der Versuch einer Achse Bonn-Paris. Für die deutsche Politik ist die Schaffung des vereinigten Europa nur auf der Basis der Gleichheit aller Staaten denkbar. Jedoch bleibt die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft von entscheidender Bedeutung für jedwede Initiative. Diese Einsicht,

so Willy Brandt, liegt im Interesse aller Europäer.

Dieses Bekenntnis Willy Brandts zur deutsch-französischen Freundschaft, in Straßburg zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgesprochen, wurde von der Europaratsversammlung sehr wohl verstanden. Willy Brandts großer Erfolg vor diesem wie zahlreichen anderen internationalen Gremien dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß der Bundesaußenminister nicht im Bisherigen der deutschen Vergangenheit erscheint; er vertritt die Interessen der Bundesrepublik Deutschland mit der Überzeugungskraft seiner Persönlichkeit. Darüber hinaus sieht man in Willy Brandt immer stärker einen europäisch engagierten Politiker, den man die Überwindung der zurzeit noch andauernden Stagnation zutraut. Zurzeit setzt man in ihn gerade deshalb so viele europäische Hoffnungen, weil er von einer weltfremden Europa-Romantik weit entfernt ist.

Das Auftreten von Nenni und Willy Brandt vor dem 18-Nationen-Gremium des Europarates, zwei Tage vor den Reden der beiden Ministerpräsidenten Couve de Murville und Mario Rumor, machte aber auch sehr deutlich, daß die Sozialdemokraten die Führung in der Europa-politik übernommen haben.

+ + +

#### Die Urlauber haben den Nachteil

Sie reisen mit unterbewerteter DM ins Ausland

sp - Etwa acht bis neun Millionen Bundesbürger werden in diesem Sommer ins Ausland reisen und dort ihren mehr oder weniger wohlverdienten Urlaub verbringen. Sie haben allen Anlaß, die Entscheidung der Mehrheit des Bundeskabinetts, die Verbesserung der Währungsparität nicht vorzunehmen, zu bedauern.

Wäre es nach dem Willen des Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller gegangen, hätte der Urlauber für seine schwerverdieneten DM im Ausland um 6,25 Prozent mehr kaufen können. Die DM wäre noch härter geworden, jetzt bleibt sie unterbewertet. Der Urlauber bekommt für 100 DM im Ausland weniger als dies dem eigentlichen Wert der DM entspricht. Er bleibt der Geprellte. Viele werden diesen Tatbestand, der nicht zu sein braucht, mit Bitternis zur Kenntnis nehmen. Der Urlauber ist einer Preisflut im Ausland ausgesetzt, die auf Kosten seiner Brieftasche geht. Das hätte durch eine Änderung des Wechselkurses der DM, die auch die Bundesbank und viele Sachverständige befürworteten, vermieden werden können.

+ + +

Als Erste veröffentlichen wir:

=====

Das Dokument von Moskau

-----  
KP-Weltkonferenz am 5. Juni

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Als erste große westliche Partei hat sich die KP Frankreichs ohne Einschränkung für jenes Dokument ausgesprochen, das am 5. Juni von der kommunistischen Weltkonferenz in Moskau angenommen werden soll. Das Dokument, das bisher nicht veröffentlicht worden ist, da es ausschließlich der Diskussion innerhalb der kommunistischen Parteien dienen soll, besteht aus 143 Artikeln und einigen Unterabsätzen, die auf 43 vollgeschriebenen Schreibmaschinenseiten zusammengefaßt worden sind. In einer Präambel, vier Kapitel und einem kurzen Nachwort, wird in diesem Dokument der Versuch gemacht, den Imperialismus als Quelle allen Übels zu definieren und auf der anderen Seite eine Aktionsgemeinschaft aller sogenannten antiimperialistischen Kräfte herzustellen.

Auf den ersten Blick fällt die Flüchtigkeit auf, mit der einige wichtige Fragen in diesem Dokument behandelt worden sind. So fehlen im offenbar in allerletzter Minute noch eingefügten Unterkapitel 81 a, das eine Klage über die Zerrissenheit in den eigenen Reihen enthält, wenigstens in jenem Text, der den Jugoslawen in russischer Sprache zugeschickt worden ist, ganze Worte, so daß der Satz nicht einmal mehr grammatischen Sinn hat. In aller Eile hinzugefügt worden sind auch andere Teile des Dokuments, so zum Beispiel das Verlangen nach einem weltweiten Verbot der chemischen und bakteriologischen Waffen und der Hinweis auf das Völkerrecht, das die Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker gewähre - zwei Punkte, die ganz offensichtlich von den Sowjets übersehen worden waren und erst auf Wunsch anderer kommunistischer Parteien in Moskau mit in das Dokument aufgenommen worden sind.

Die zweite Beobachtung, die man nach einer Analyse des bisher unveröffentlichten Dokumentes machen muß, bezieht sich auf die ideologische Primitivität des ganzen Schriftstückes, das in großen Passagen mehr den traditionellen Maiparolen als einem neuen kommunistischen Grundsatzprogramm entspricht. Die Lage in der Welt wird verblüffend einfach dargestellt: Die Imperialisten sind die Amerikaner, in zweiter Linie die Westdeutschen und dann alle anderen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird gleich in sieben Artikeln und einem Unterabschnitt erwähnt - man wirft ihr die Mitgliedschaft und Aktivität in der NATO, die engen Verbindungen zu Washington und auch zu London, den eigenen Imperialismus, Neonazismus, Militarismus, Revanchismus, das Streben nach Atomwaffen und Hegemonie, den Alleinvertretungsanspruch und die neuerlangte wirtschaftliche Macht vor, die sich sogar laut Wortlaut des Dokuments in Lateinamerika bemerkbar mache, und tröstet sich schließlich mit dem Gedanken, daß der Klassenkampf in Westdeutschland eine Art Renaissance erfahre.

Auf der anderen Seite erscheinen die sogenannten antiimperiali-

stischen Kräfte, die im Dokument gleichfalls hierarchisch geordnet werden: Als mögliche Hilfstruppen im Kampf gegen den Imperialismus werden Sozialdemokraten, Kleinbauern, Christen und Mittelständler erwähnt, "soweit sie nicht den Interessen der Bourgeoisie dienen", außerdem die neokolonialistischen und Befreiungs-Bewegungen in den unterentwickelten Ländern, dann kommen die westlichen kommunistischen Parteien, schließlich die sozialistischen Länder, und gleich sechsmal wird betont, daß die führende Rolle naturgemäß von der Sowjetunion eingenommen wird. Während es laut Dokument im kapitalistischen Lager innere und letztlich unüberbrückbare Widersprüche gäbe, die man laut Artikel 41 "vertiefen und im Interesse des Friedens und des Fortschrittes ausnutzen muß", bestehen im antiimperialistischen Lager nur Meinungsverschiedenheiten, "die im Geiste der Brüderlichkeit jederzeit gelöst werden können" - so einfach sieht die Welt wieder aus, wenn man dieses Dokument studiert hat.

Drittens fällt am erwähnten Schriftstück auf, daß alle Angriffe gegen andere kommunistische Parteien wie etwa die Chinas und Jugoslawiens vermieden werden, was auf den Einfluß vor allem der rumänischen und einiger westlicher Parteien auf den Programmentwurf zurückzuführen ist. Im Gegensatz zur Lehrmeinung, daß nichts ohne Moskau geschehen dürfe, wird im Artikel 131 sogar die Gleichberechtigung aller Parteien erwähnt, die über ihre Beziehungen zueinander auch auf regionaler und bilateraler Ebene reden dürfen.

Doch dieser Passus besagt wie viele andere fast gar nichts, wenn man den Gang des Dokumentes recht versteht: In Artikel 63 wird deutlich darauf aufmerksam gemacht, daß alle kommunistischen Parteien, die sich von den gemeinsamen Aktionen isolieren, für die "bitteren Folgen" verantwortlich gemacht werden müssen, die das Fortbestehen des westlichen Imperialismus nach sich zöge. In Artikel 71 wird der Schutz des Sozialismus, sprich: der Sowjetunion, zur internationalen Pflicht aller Kommunisten gemacht, in Artikel 130 wird ein höheres Niveau der Einheit der kommunistischen Parteien verlangt, denn, so heißt es wörtlich, "die Einheit der kommunistischen Parteien ist der wichtigste Faktor bei der Vereinigung aller anti-imperialistischen Kräfte", und schließlich wird auch gesagt, wer bei der Schaffung dieser Einheit stört.

In Artikel 79 wird der Kampf gegen die rechten und "linken" Opportunisten, in Artikel 80 eine entscheidende Kritik am Opportunismus und an den reformistischen Konzeptionen und in Artikel 138 eine Absage an alle "revisionistischen, dogmatischen, rechts- und linksopportunistischen Kräfte sowie an dem linkssektiererischen Abenteuerertum" gefordert.

Wer sich von diesen Schlagworten betroffen fühlt, tut daher besser, überhaupt nicht erst zur bevorstehenden Weltkonferenz in Moskau zu erscheinen, denn außerhalb der Mauern Moskaus, das will dieses Dokument beweisen, gibt es überhaupt keine Weisheit, die zum Erfolg führen kann.